

Ein modernes Deutschland –

Stellungnahme der Jungen Liberalen zum Abschlussbericht der Zuwanderungskommission der Bundesregierung

EINLEITUNG :

Die Jungen Liberalen wissen: Deutschland ist Einwanderungsland.

Jährlich kommen Menschen nach Deutschland, um sich aus den verschiedensten Gründen dauerhaft in Deutschland anzusiedeln. Unser Land sieht sich vor die Herausforderung gestellt, sie so schnell wie möglich in die Lage zu versetzen, einen Platz in der deutschen Gesellschaft zu erwerben. Die liberale Bürgergesellschaft muss den Neuankömmlingen eine Chance, einen Einstieg bieten. Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit kann aber auch erwartet werden, dass die Neuankömmlinge diese Chance ergreifen und damit in ihre eigene Zukunft investieren, denn nicht zuletzt liegt dies auch im Interesse eines bleibenden Zusammenhalts der deutschen Gesellschaft.

Eine liberale Gesellschaft ist gekennzeichnet von Respekt und Freiheit gegenüber allen Menschen, die sich entschieden haben auf der Basis einer gemeinsamen Werteordnung in Deutschland zu leben. Für Menschen anderer Nationen hält die liberale Gesellschaft die Türe der Gastfreundschaft offen und ermöglicht ihnen Chancen, die sie in anderen Ländern nicht bekommen. Die offene, liberale Bürgergesellschaft besitzt die Fähigkeit von anderen Kulturen zu lernen. Aufgabe einer liberalen Gesellschaft ist es, Menschen fremder Herkunft in unsere Gesellschaft zu integrieren und sie mit in die Verantwortung für unser Gemeinwesen zu nehmen.

Aber nur in einer toleranten Gesellschaft des voneinander Lernens, kann echte Integration gelingen. In den Köpfen muss sich das Denken hin zu einer gesellschaftlichen Einsicht zur Offenheit wandeln. Das bloße Ertragen schafft noch keine Toleranz und Akzeptanz.. Diese Offenheit ist jedoch eine große Anforderung an die deutsche Bevölkerung und erfordert seitens der deutschen Gesellschaft und der Einwanderer ein hohes Maß an Geduld und

Stellungnahme zur Bundespolitik

Einfühlungsvermögen. Wer heute die Zuwanderungsproblematik bagatellisiert, handelt unverantwortlich. Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Kulturen und Glaubensgemeinschaften bietet Konflikte auf vielen Ebenen, die schwierig, aber nicht unüberwindbar sind. Während andere in diesem Land die Frage der Zuwanderung auf ihre ökonomische Komponente reduzieren, treten Liberale für die Überwindung von Konflikten ein.

In vielen Einzelpunkten stimmt der Ergebnisbericht der Zuwanderungskommission mit den Forderungen der Jungen Liberalen überein.

Als wesentliche Kritikpunkte stellen die Jungen Liberalen folgende Entscheidung der Kommission heraus:

ASYL

Die Kommission sieht keine überzeugende Rechtfertigung für eine Verfassungsänderung, die das Asylgrundrecht als Ausdruck der historischen und humanitären Verpflichtung Deutschlands beseitigt und durch eine institutionelle Garantie ersetzt. Sie lehnt aber auch die Rückkehr zur ursprünglichen Fassung des Asylgrundrechts ab, weil der Asylkompromiss mit der seit 1993 geltenden Fassung des Art. 16a GG zur gesellschaftlichen Stabilität beiträgt.

Weiterhin bejaht die Kommission die Schutzbedürftigkeit von Frauen, die ihres Geschlechts wegen verfolgt werden. Gleiches gilt für die Menschen, die Gefahren für Leben und Freiheit in Situationen ausgesetzt sind, in denen staatliche Strukturen nicht oder nicht mehr bestehen bzw. Staaten ihrer Schutzverpflichtung nicht mehr nachkommen können. Eine Einigung über die Aufnahme nichtstaatlicher Verfolgung als Asylgrund, konnte die Kommission nicht erzielen.

Als Junge Liberale fordern wir:

Das individuelle Grundrecht auf Asyl muß in Deutschland

Stellungnahme zur Bundespolitik

gewährleistet sein. Auch die bestehende Regelung des Art. 16a GG ist im Gegensatz zur Regelung vor 1993 aus liberaler Sicht unbefriedigend. Es ist humanitäre Pflicht unserer Gesellschaft der weltweiten staatlichen und nichtstaatlichen Verfolgung von Menschen entgegenzutreten. Für Liberale ist die vermeintliche „Große Lösung“, in der sowohl die Einwanderung wie auch das Asylrecht geregelt werden soll, eine unzulässige Vermengung von zwei verschiedenen Sachverhalten.

Spätaussiedler

Die Kommission sieht wegen des besonderen Vertreibungsschicksals der Russlanddeutschen es als gerechtfertigt an, die generelle Vermutung eines Kriegsfolgenschicksals für die Spätaussiedler aus den Nachfolgerepubliken der ehemaligen Sowjetunion ab einem bestimmten Stichtag aufzuheben.

Die Jungen Liberalen setzen sich für eine weitgehende Reform der Aussiedler- und Spätaussiedlerregelungen ein:

Im Rahmen eines Zuwanderungsgesetzes muss berücksichtigt werden, dass bisher geltende Privilegien einer Neubewertung unterzogen werden müssen. Die bevorzugenden Regelungen in Bezug auf die Einbürgerung von Aussiedlern und Spätaussiedlern sind eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung gegenüber sonstigen Einwanderern. Aussiedler und Spätaussiedler sind als Einwanderer zu behandeln, weswegen zukünftige Aussiedler- und Spätaussiedlerregelungen in einem Zuwanderungsgesetz ihren Niederschlag finden sollen. Anderweitige gesetzliche Privilegierungen werden entsprechend geändert.

LIBERALER KONSENS MIT DER ZUWANDERUNGSKOMMISSION :

In folgenden Teilbereichen sehen die Jungen Liberalen einen Konsens mit den Ergebnissen der Zuwanderungskommission, die zu begrüßen und zu fördern sind:

Stellungnahme zur Bundespolitik

- Die Schaffung eines Zuwanderungsrates, der aus den Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Gruppen besteht und der Bundesregierung Empfehlungen zur Höhe der jährlichen Zuwanderung gibt.
- Die Schaffung einer Bundesbehörde, die die Verantwortung für Zu- und Einwanderer sowie Integrationsmaßnahmen innehat.
- Die Trennung von Eltern und minderjährigen Kindern ist aus familienpolitischen Gründen abzulehnen. Die Kommission empfiehlt daher eine Anhebung des Höchstalters für den Nachzug von Kindern von derzeit 16 auf 18 Jahre.
- Die Zuwanderer sollen sich in einem individuell abgeschlossenen Integrationsvertrag verpflichten, an Bildungs- und Sprachkursen im Rahmen eines Integrationsprogramms teilzunehmen und einen angemessenen Anteil an den Kurskosten zu übernehmen. Bei erfolgreicher Teilnahme sollte ein Teil der bezahlten Kosten zurückerstattet werden. Die erfolgreiche Teilnahme sollte darüber hinaus mit Anreizen belohnt werden.

Die Jungen Liberalen befürchten aber, dass der Süssmuth-Bericht, wie schon der Wehrstrukturkommissionsbericht in Schilys Schublade verschwindet.

Es ist nun die Aufgabe der Jungen Liberalen in der Öffentlichkeit für ein Klima der Zuwanderung und der verbesserten Integration zu werben, um ein verlässliches Klima für Menschen zu schaffen, die ihren Lebensmittelpunkt in einem modernen, liberalen und weltoffenen Deutschland suchen.